

Seite 8
 898 855 354
 12 148935
 115 519 000
 538 548 121
 5 250 119900
 051
 111 (250) 489
 137 321 765
 977 127109
 4498 954 023
 12579 070
 396 098 640
 75 985 (1000)
 423 819 171
 (300) 030 045
 323 755 (250)
 54 (2000) 533
 2250 132 107
 571 (300) 509
 1 316 577 483
 1 107 851 829
 310 117352
 5 524 537 428
 328 508 050
 409 188 090
 246 322 761
 2 539 944 363
 860 312 044
 392 074 150
 319 097 404
 4 236 498 458
 100 102 (200)
 1119 137 (500)
 0 080 227 542
 3 985 559 055
 5 531 080 048
 (300) 272 056
 5 574 129 526
 2 389 146 456
 7 708 522 509
 916 005 034
 3 305 754 396
 an grösster
 80 Reichsmark
 u. 20 000, 8 zu
 v. a. m.
 Drucks.
 Mittel: für
 Dresden,
 1933.
 17.
 R
 pf
 -80
 -15
 -23
 -25
 -50
 -33
 1.00
 -98
 -35
 -28
 -25
 -28
 -95
 -50
 -58
 Aufnahme;
 Frankfurt;
 7,10 „Der
 Söberbericht
 der Hitler-
 arch; 17,45
 fisch; 18,20
 betel 18,40
 der Reichs-
 und lebt
 Kernspruch;
 und kurz
 offen Wien-
 dung; Das
 istlan Gilm-
 lde Unter-
 Welter;
 fchen; 22,25
 ften am 15.
 nnerung an
 22,45 „Der“
 23 00“ Wie
 die Goldene

Nummer 64 — 34. Jahrgang
 erscheint 6 mal wöchentlich mit der illustrierten Beilage
 „Der Grenzreiter“ und mehreren Tagesblättern
 Stenografische Beilage:
 Lang. 6 mit St. Kennblatt und Grenzreiter Nr. 2,70
 Lang. 6 ohne St. Kennblatt u. mit Grenzreiter Nr. 2,20
 Lang. 6 ohne St. Kennblatt u. ohne Grenzreiter Nr. 1,70
 Einzelnnummer 10 Pfg., Sonnabend- u. Sonntag-Nr. 20 Pfg.

Ausgabe A mit Benno-Blatt
 Sonnabend, den 16. März 1935
 Verlagsgesetz Dresden
 Bezugspreis: die Halbjahres 22 um beste Seite 6 Pfg.
 — für Familienangehörige und Stellenbesitzer 6 Pfg. —
 für Postbesitzerinnen können alle keine Gewähr leisten

Sächsischer Volkszeitung

Unabhängige Tageszeitung
 für christliche Politik u. Kultur

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, einreicht
 Vertriebsstellen hat der Verleger oder Journalist keine
 Ansprüche, falls die Zeitung in beschränkter Auflage,
 vertrieben oder nicht erscheint. — Verlagsort Dresden

Umbildung des griechischen Kabinetts

Ausschaltung des Parlaments beabsichtigt Besprechung des griechischen Ministerpräsidenten mit den Ministern der Volkspartei

Athen, 15. März.
 Heute findet unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Tsaldaris eine Besprechung mit den Ministern der Volkspartei über die politische Lage statt. Voraussetzungen stellen die Minister ihre Vorkesselles dem Ministerpräsidenten zur Verfügung, um eine Verbehalten oder Umbildung der Regierung zu erleichtern. Die Ausschreibung von Wahlen für eine Nationalversammlung wird erst in etwa 6 Monaten erfolgen, weil die Regierung inzwischen die Vereinfachung der Lage vornehmen und lebenswichtige Wirtschaftstagen erledigen will. Eine besondere Kommission aus Verfassungsrechtgelehrten soll gebildet werden, um die ausstehenden Verordnungen zur Durchführung der Beschlüsse der Regierung aufzustellen.

Senat wird verboten, sich zu versammeln, weil die Mehrheit der Senatoren Anhänger von Venizelos ist. Später soll der Senat durch einen Beschluss der Nationalversammlung, die zur Wiedereinsetzung einberufen werden soll, überhaupt aufgehoben werden. Ferner ist in Aussicht genommen, alle reaktionären Beamten, besonders die höheren, aus den Ministerien und den Banken sowie aus Heer, Marine und Luftfahrt zu entlassen, kurzum alle Elemente von ungeeigneten Elementen zu reinigen.
 Die Kosten der Niederwerfung des Aufstandes werden vom Finanzminister auf 500 Millionen Drachmen geschätzt. Durch die Beschlagnahme des Eigentums der Aufständischen und den Verkauf von Wertgegenständen hofft man jedoch, alle Wunden, die der Aufstand geschlagen hat, heilen zu können.

Zur Durchführung ihres innerpolitischen Bestrebungsprogramms hat die Regierung eine Reihe einschneidender Maßnahmen beschlossen. Die Kammer soll aufgelöst werden, da die meisten Abgeordneten der Opposition wegen ihrer Teilnahme an dem Aufstand verhaftet wurden oder geflohen sind. Dem

Wolken über der Prager Burg

Zur Verschärfung des tschecho-polnischen Gegensatzes.
 (Von unserem Mitarbeiter)
 Prag, im März.
 „Lieber Freund, ich begrüße Dich bei Deiner Heimkehr aus dem brüderlichen Polen, wo Du mit so ausdrucksreichen Worten das Verhältnis der Mehrheit unserer Nation zu den polnischen Brüdern ausgedrückt hast. Wir alle wissen, daß unsere beiden Völker Angehörige der großen slavischen Völkergemeinschaft sind, daß in unseren Völkern das gleiche Blut fließt, daß das Tschechopolnische und das Polnische die verwandtesten Sprachen sind. Ich würde nichts schmerzlicher wünschen, als daß die beiden Völker in ihren breiten und geeinten Staaten eingebettet ihrer geschichtlichen Tradition, ihre Solidarität auf allen Gebieten des nationalen Lebens so befestigen mögen, wie es international zwischen der Kleinen Entente der Fall ist.“
 Mit diesem Brief, der kürzlich in der gesamten tschechischen Presse ausgetauscht, begrüßte kein Geringerer als der Präsident der tschechischen Abgeordnetenkammer Stanek, seinen jenseits aus Warschau zurückkehrenden Amtskollegen, den Senatspräsidenten Soukup, der dort an den Verleihungsfeierlichkeiten für den polnischen Sozialistenführer Pimanowski teilgenommen hatte. Der Ton dieses herrlichen Handschreibens könnte auf den schwärmerischen alle slavischen Brüderungsgeiern der Vorkriegszeit erklungen sein. Er könnte aber auch ebenjenseits aus einem jener Handschreiben entnommen sein, mit denen Beneš vor 15 Jahren, angelehnt des brodelnden tschechisch-polnischen Krieges um das Ostaukarmener Süntentier, die für seinen Staat bei allen parlamentarischen Kraftworten doch so lebenswichtige polnische Freundschaft sich zu retten suchte. Nicht umsonst wird man in der Tat an alte Kontakte erinnert.

Das Saargebiet — bevölkerungspolitisch

Die Geburtenziffer der Saarbevölkerung erheblich über dem Reichsdurchschnitt
 Berlin, 15. März.
 Aus den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes geht hervor, daß die Rückgliederung des Saargebietes auch einen bedeutenden bevölkerungspolitischen Zuwachs für das Reich bildet. Im Saarland ist ebenso wie in den benachbarten Teilen des Reiches der Stand der Geburten und Sterbeziffer verhältnismäßig günstig.
 Die Eheschließungsziffer hat im Saarland nie den Vorkriegsstand unterschritten. Die Geburtenziffer liegt erheblich über dem Reichsdurchschnitt und übertrifft seit 1930 auch die Ziffer des benachbarten Regierungsbezirks Trier.
 Da auch die Sterbeziffer niedriger als in den benachbarten Teilen des Reiches ist, ist der Geburtenüberschuss des Saarlandes, trotzdem er nicht einmal mehr die Hälfte des Vorkriegswertes hat, deutlich demjenigen der Reichsgebiete überlegen. Die Bevölkerungszahl hat dadurch im Saarland erheblich zugenommen, sie ist von 1910 bis 1927 um 18 Prozent angewachsen. Während die Einwohnerzahl der Regierungsbezirke Trier und Pommern die Hälfte dieses Zuwachses erreichte, der Anteil der Kinder ist erheblich höher als im Reich. 15,5 Prozent der Saarbevölkerung standen im Alter von unter 6 Jahren, dagegen nur 11,4 Prozent der Reichsbevölkerung.
 In diesem Zusammenhang sei der Hinweis gestattet, daß die Saarbevölkerung zu 75 Prozent katholisch ist. Es bewahrt sich hierdurch aufs neue, daß die Geburtenverhältnisse beim katholischen Teil der Bevölkerung unseres Vaterlandes günstiger liegen als bei den übrigen Bevölkerungsgruppen.
 Keine Erhöhung der Preise im Saargebiet
 Regierungspräsident Jung vor den Landräten des Saarlandes
 Saarbrücken, 15. März.
 Am Donnerstag wurde die erste Sitzung der Regierung mit den Landräten abgehalten. Dabei wurden die wirtschaftspolitischen Richtlinien des Reichskommissars für die Rückgliederung bekanntgegeben. Gleichzeitig sollten die Landräte dem Reichskommissar und der Regierung ihre Wünsche und Sorgen vortragen.
 Regierungspräsident Jung ging in großen Zügen auf die bevorstehende Arbeit ein, wobei er darauf verwies, daß die Verwaltung im Saargebiet auf dem vorbesten Posten des Reiches stehe. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß es mit Unterstützung des Führers und der Reichsregierung gelingen werde, unzerstörbare Grundlagen, die der Uebertragung von einer Regierung auf eine andere bringe, zu überwinden.
 Die Lösung der Frage der besonderen zusätzlichen Arbeitsbeschaffung für Industrie, Handel, Gewerbe und Handwerk

Athen, 15. März. Gegenüber den von einer ausländischen Agentur am Donnerstag verbreiteten Meldungen über einen schweren Kampf bei Drama betont die Athener Telegraphen-Agentur nochmals, daß seit Mittwoch in ganz Griechenland die Ruhe vollständig wiederhergestellt ist.

Die tschechische Position im europäischen Schachspiel ist in den letzten Jahren und Monaten nicht gerade beneidenswert geworden. Zwar deckt sie noch immer der westliche Turm Frankreich, aber seine Bedeutung hat an Kraft verloren, seit der östliche ausgefallen und der westliche um eines einzigen Bauern willen nicht gelonnen scheint, das teuer erkaufte Zusammenspiel mit dem italienischen Springer aufzugeben.

Der Streit in der Provinz Buenos Aires beendet

Martinez de Hoz abgereist
 Buenos Aires, 15. März.
 Der abgesetzte Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Martinez de Hoz, hat kurz nach Mitternacht La Plata verlassen und ist nach Buenos Aires abgereist. Seine Regionäre geleiteten ihn mit Hochrufen auf die nationalistische Revolution zu seinem Kraftwagen. Sodann lösten sie sich auf und kehrten in ihre Wohnungen zurück. Damit ist jede Gefahr für blutige Auseinandersetzungen in La Plata beseitigt und der Streit in der Provinz vorläufig beigelegt.
 Vor seiner Abreise sandte Martinez de Hoz ein Protesttelegramm an den Staatspräsidenten General Justo. Darin sagt er, er weiche der Gewalt, die über Exzellenz in den Dienst dunkler Elemente einer niedrigen Politik gestellt hat“.

Anlage gegen Frau Jänemann erhoben

Berlin, 15. März.
 Die Staatsanwaltschaft hat gegen die Anfang Februar d. J. verhaftete Frau Jänemann, die nach ihrem eigenen Geständnis ihre drei Kinder verhungern ließ, da sie ihr in ihrem Verhältnis zu ihrem Geliebten lästig gewesen seien, Anklage erhoben. In kurzer Zeit ist mit der Ansetzung des Verhandlungstermines vor dem Berliner Schwurgericht zu rechnen.
 Ueber den Verlauf der Verhandlung läßt sich zur Zeit noch nichts sagen, da abzuwarten bleibt, ob die Nebenmutter ihr Geständnis aufrechterhalten wird.

Der Streit in der Provinz Buenos Aires beendet

Martinez de Hoz abgereist
 Buenos Aires, 15. März.
 Der abgesetzte Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Martinez de Hoz, hat kurz nach Mitternacht La Plata verlassen und ist nach Buenos Aires abgereist. Seine Regionäre geleiteten ihn mit Hochrufen auf die nationalistische Revolution zu seinem Kraftwagen. Sodann lösten sie sich auf und kehrten in ihre Wohnungen zurück. Damit ist jede Gefahr für blutige Auseinandersetzungen in La Plata beseitigt und der Streit in der Provinz vorläufig beigelegt.
 Vor seiner Abreise sandte Martinez de Hoz ein Protesttelegramm an den Staatspräsidenten General Justo. Darin sagt er, er weiche der Gewalt, die über Exzellenz in den Dienst dunkler Elemente einer niedrigen Politik gestellt hat“.

Anlage gegen Frau Jänemann erhoben

Berlin, 15. März.
 Die Staatsanwaltschaft hat gegen die Anfang Februar d. J. verhaftete Frau Jänemann, die nach ihrem eigenen Geständnis ihre drei Kinder verhungern ließ, da sie ihr in ihrem Verhältnis zu ihrem Geliebten lästig gewesen seien, Anklage erhoben. In kurzer Zeit ist mit der Ansetzung des Verhandlungstermines vor dem Berliner Schwurgericht zu rechnen.
 Ueber den Verlauf der Verhandlung läßt sich zur Zeit noch nichts sagen, da abzuwarten bleibt, ob die Nebenmutter ihr Geständnis aufrechterhalten wird.